vinetur

Frankreich legt Zuschüsse von bis zu 10.000 Euro für vom Oktober-Unruhen betroffene Betriebe auf

Kleine Restaurants und Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten können binnen sechs Wochen Zuschüsse beantragen, wenn Schäden oder Plünderungen den Umsatz um 25 % gedrückt haben

Samstag, 21. November 2026



Frankreich hat ein neues Nothilfeprogramm für kleine Restaurants und andere lokale Betriebe, die während der Unruhen im Oktober Schäden erlitten, offiziell ausgeweitet. Damit können Unternehmen Zuschüsse zwischen 1.000 und 10.000 Euro beantragen,

sofern sie einen deutlichen Umsatzrückgang nachweisen können.

Die Maßnahme wurde durch ein Dekret geschaffen, das am Freitag, dem 20. November, im Amtsblatt Frankreichs veröffentlicht wurde. Dem von Localtis zitierten Text zufolge richtet sich die Hilfe an kleine Unternehmen, die am stärksten von Schäden und Plünderungen im Zusammenhang mit den Demonstrationen vom 17. bis 19. Oktober betroffen waren. Restaurants sind ausdrücklich in den Kreis der förderfähigen Branchen eingeschlossen – ein wichtiger Punkt für das Gastgewerbe, dessen Betriebe nach wochenlangen Geschäftseinbußen nun auf die Jahresendzeit zusteuern.

Das Programm gilt für Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten, einschließlich Einzelunternehmen. Voraussetzung ist ein Umsatzrückgang von mindestens 25 % gegenüber dem Referenzzeitraum. Zudem müssen die Betriebe nachweisen, dass sie bei ihrer Versicherung einen Schaden gemeldet und Anzeige bei der Polizei erstattet haben. Anträge müssen innerhalb von sechs Wochen über die staatliche Plattform Démarche numérique eingereicht werden.

Auch Vereine, die Körperschaftsteuer zahlen, sind antragsberechtigt. Regionale Kommissionen unter dem Vorsitz der Präfekten prüfen die Anträge. Unterstützt werden sie dabei von den Finanzbehörden sowie den regionalen Arbeits- und Wirtschaftsämtern.

Für Restaurants und andere kleine Betriebe im Gastgewerbe bietet die Maßnahme kurzfristig Liquidität in einer Zeit, in der viele Unternehmen sowohl mit Sachschäden als auch mit Geschäftsausfällen zu kämpfen haben. Wie Localtis berichtete, ergänzt der Zuschuss weitere bereits von der französischen Regierung angekündigte Hilfen, darunter Kurzarbeit, Steuer- und Sozialabgabenstundungen sowie ein zinsloses Darlehen der Bpifrance von bis zu 50.000 Euro. Damit sollen Betriebe ihre Liquidität wiederherstellen oder vor Weihnachten Warenbestände ersetzen können.

Das Dekret kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Versicherer erstmals eine konsolidierte Schadenssumme für die Gewalt nennen. France Assureurs, der Branchenverband, teilte am Donnerstag, dem 19. November, mit, dass die Unruhen vom 17. und 18. Oktober voraussichtlich versicherte Schäden in Höhe von 207 Millionen Euro bei 5.280 Schadenmeldungen verursachen werden. Der Verband erklärte, die Zahl beruhe auf

den bis zum 12. November erfassten Schadenmeldungen und könne sich noch ändern, während die Fälle geprüft und Gutachten abgeschlossen würden.

Nach Angaben von France Assureurs entfallen 95 % der Gesamtsumme, also 198 Millionen Euro, auf Sachschäden bei Unternehmen; ihnen liegen 4.050 Schadenmeldungen zugrunde. Die Schäden bei Privatpersonen wurden bei 370 Meldungen auf 3,5 Millionen Euro geschätzt. Für Fahrzeugschäden wurden bei 860 Meldungen 6 Millionen Euro veranschlagt.

Florence Lustman, Präsidentin von France Assureurs, erklärte in einer Stellungnahme vom 19. November, die Kosten seien angesichts der kurzen Dauer der Ereignisse ungewöhnlich hoch. Laut dem Verband liegt die Schadenssumme nahe bei den 209 Millionen Euro im Zusammenhang mit den Unruhen von 2005 und den 256 Millionen Euro im Zusammenhang mit den Gelbwesten-Protesten von 2018 und 2019 – beides Ereignisse, die sich über einen deutlich längeren Zeitraum erstreckten. Weit darunter liegt sie weiterhin im Vergleich zu den rund 800 Millionen Euro versicherten Schäden, die die städtischen Unruhen im Sommer 2023 nach der Tötung von Nahel Merzouk verursachten.

Für die betroffenen Betriebe hat die offizielle Schätzung jedoch ein dringlicheres Problem nicht gelöst: Viele Geschäfte warten weiterhin auf Entschädigungen. Localtis berichtete, dass Händler in der Nähe der Demonstrationen nach wie vor auf Versicherungsleistungen oder staatliche Hilfe warten, während sich ihre finanzielle Lage weiter verschlechtert.

CCI France zufolge waren bereits am 17. Oktober 2.488 Betriebe betroffen. Neben zerbrochenen Fenstern, Diebstählen und anderen sichtbaren Schäden verzeichneten Unternehmen in der Nähe der Protestgebiete nach Schätzung des Kammernetzwerks Umsatzrückgänge von 60 % bis 80 % gegenüber einem normalen Samstag.

Nicolas Papazian, Präsident des Verbands Marseille Commerces Hauts de Rome, sagte gegenüber Localtis, bei den Hilfen und Versicherungsleistungen gebe es bislang kaum Konkretes. Je nach den Bedingungen ihrer Versicherungsverträge erhielten manche Betriebe Summen, die weit unter ihren tatsächlichen Verlusten lägen.

Diese Lücke betrifft Restaurants ebenso wie Einzelhandelsgeschäfte. Ein Betrieb kann staatliche Hilfe nur dann erhalten, wenn er den geforderten Umsatzrückgang belegt und das Verfahren mit der Versicherung sowie die Anzeige bei der Polizei abgeschlossen hat. Selbst dann ist der Zuschuss auf 10.000 Euro begrenzt – eine Summe, die bei Unternehmen, die Ausstattung, Warenbestände oder wochenlang Kundschaft verloren haben, möglicherweise nur einen Teil der Einbußen abdeckt.

Papazian wies zudem auf eine grundsätzliche Frage dazu hin, wie solche Ereignisse in Versicherungspolicen eingeordnet werden. Manche Verträge schließen Schäden im Zusammenhang mit Ausschreitungen aus. Dadurch könnten Rechtsstreitigkeiten entstehen, die sich über Monate oder länger hinziehen, bevor die Ansprüche reguliert werden.

France Assureurs erklärte, erste Zahlungen seien bereits geleistet worden, insbesondere in Fällen, in denen kein Gutachten erforderlich war. Der Verband hatte außerdem die Frist für Schadenmeldungen ab dem 19. Oktober von fünf auf 30 Tage verlängert und Maßnahmen zur Beschleunigung von Vorschusszahlungen angekündigt.

Die Regionalbehörden in Provence-Alpes-Côte d’Azur haben eigene Hilfsmaßnahmen aufgelegt. Wie Localtis berichtete, reaktivierte die Region den Fonds Solidarité commerces pillés, der erstmals während der Unruhen von 2023 eingerichtet worden war. Unterstützt wird er vom Département Bouches-du-Rhône, der Métropole Aix-Marseille-Provence und der Reedereigruppe CMA CGM. Insgesamt wurden 12 Millionen Euro bereitgestellt, um betroffenen Betrieben pauschal jeweils 10.000 Euro zu zahlen.

Die ersten Auszahlungen wurden am Donnerstag, dem 19. November, angekündigt. Wie weit das Verfahren fortgeschritten ist, ist jedoch umstritten. Papazian sagte, bislang seien nur 50 Anträge bewilligt worden, die meisten seien noch anhängig. Die Region hingegen erklärte, mit Unterstützung der örtlichen Handelskammer seien bereits mehr als 300 Fälle bearbeitet worden.

Dieselbe Region kündigte am Donnerstag, dem 19. November, außerdem einen separaten Wiederaufbauplan an. Er umfasst zusätzliche Hilfen von bis zu 5.000 Euro für Unternehmen, deren Umsatz stark zurückgegangen ist, auch wenn sie nicht geplündert wurden und keine Sachschäden erlitten haben. Ein weiterer Zuschuss von bis zu 5.000

Euro soll Verbesserungen der Sicherheit von Geschäftsräumen unterstützen. Das regionale Tourismuskomitee bereitet zudem eine Kommunikationskampagne vor, um Kundinnen und Kunden wieder in die Innenstädte zu locken.

Diese Unterscheidung ist für Betriebe im Gastgewerbe wichtig. Viele Restaurants waren möglicherweise nicht direkt von Schäden betroffen, verloren nach den Unruhen aber dennoch einen großen Teil ihrer Laufkundschaft, insbesondere in zentralen Geschäftsvierteln. Papazian warnte, dass diese Betriebe schon vor Oktober gefährdet gewesen seien und der Rückgang der Besucherzahlen manche im kommenden Jahr in die Insolvenz treiben könnte.

Die Versicherungsdebatte fließt auch in eine umfassendere regulatorische Änderung in Frankreich ein. Localtis berichtete, die Regierung arbeite an einer neuen Versicherungsregelung für Schäden im Zusammenhang mit Ausschreitungen, die im Haushaltsgesetz vom 19. Februar 2026 verankert ist. Das System soll am 1. Januar 2027 in Kraft treten und automatisch in Sachversicherungsverträge aufgenommen werden. Es wird von einem Fonds getragen, der vom staatlichen Rückversicherer Caisse centrale de réassurance (CCR) verwaltet wird, nach einem Modell, das der französischen Absicherung gegen Naturkatastrophen ähnelt.

Im Rahmen des künftigen Systems soll auf Sachversicherungsverträge von Haushalten, Unternehmen und Gebietskörperschaften eine Solidaritätsabgabe von 0,8 % erhoben werden. Damit sollen Entschädigungen für Händler und öffentliche Einrichtungen, die bei Demonstrationen Schäden erleiden, verlässlicher werden. Papazian sagte gegenüber Localtis jedoch, die neue Regelung gelte nicht rückwirkend. Betriebe, die im Oktober betroffen waren, könnten sich bei ihren aktuellen Schadenmeldungen daher nicht darauf berufen.

Auch die Gebietskörperschaften warten noch auf Einzelheiten zu einem separaten Sonderfonds, den Ministerin Françoise Gatel am 19. Oktober zur Unterstützung des Wiederaufbaus beschädigter öffentlicher Einrichtungen zugesagt hatte.